

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  FDP-Gemeinderatsfraktion  vom: 12.08.2010 eingegangen: 16.08.2010	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>14. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>21.09.2010</b> <b>489</b> <b>13</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez. 3</b>
<b>Beratungsstellenzentren</b>		

Die Frage der Realisierbarkeit einer Ansiedlung unterschiedlichster Beratungsstellen in Beratungszentren an drei Standorten im Stadtgebiet kann derzeit nicht abschließend beantwortet werden. Um der Vielfalt der Beratungsstellenlandschaft gerecht zu werden, muss eine fundierte Berechnung unter Einbeziehung von Raum-, Sach- und evtl. Personalkosten erfolgen. Aufgrund der Komplexität des Vorhabens wird die Analyse einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Angelegenheit in den Sozialausschuss zu verweisen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 01.12.2010 zu beraten.

Finanzielle Auswirkungen                    nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
noch unbekannt	noch unbekannt	noch unbekannt	noch unbekannt
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.    Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

Die FDP-Fraktion greift einen Antrag von 1995 erneut auf. Es soll überprüft werden, ob eine Ansiedlung unterschiedlichster Beratungsstellen in Beratungszentren an drei Standorten realisiert werden kann. Daneben sind die monetären Vor- und Nachteile herauszuarbeiten.

Bereits 1995 hat die Verwaltung eine entsprechende Analyse durchgeführt und ist damals zu dem Ergebnis gekommen, die Lösung der zentralen Beratungsstellen sei nicht wirtschaftlich. Dieses Ergebnis kann jedoch nicht ohne weiteres auf die heutige Situation übertragen werden, da sich die Beratungslandschaft seitdem deutlich weiterentwickelt hat.

In der Region Karlsruhe gibt es inzwischen insgesamt über 200 Verbände, Vereine und sonstige Träger mit fast 400 nach Zielgruppen und Themenschwerpunkten zu spezifizierenden Beratungsinhalten. Viele Verbände haben in der Zwischenzeit neu gebaut und sind in ihre eigenen Räumlichkeiten umgezogen, so z. B. die AWO, HWK, Caritas und der Paritätische Wohlfahrtsverband. Die Beteiligung und Bezuschussung von Seiten der Stadtverwaltung Karlsruhe hat sich somit entscheidend verändert. Eine belastbare Aussage über wirtschaftliche Vor- oder Nachteile der Zentralisierung kann nur auf der Basis neuer fundierter Berechnungen unter Einbeziehung von Raum-, Sach- und evtl. Personalkosten getroffen werden.

Um der Vielfalt der Beratungsstellenlandschaft mit ihren ganz individuellen Schwerpunkten und Regelungen gerecht zu werden und aufgrund der Komplexität des Vorhabens, wird die Analyse der vorgetragenen Fragestellung einige Zeit in Anspruch nehmen. Des Weiteren muss überprüft werden, ob grundsätzlich geeignete Räumlichkeiten vorhanden und auch frei sind. So sollten die Standorte barrierefrei und gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die Angelegenheit in den Sozialausschuss einzubringen und in der kommenden Sitzung zu thematisieren.